

NORDSTADTPROJEKT

# Werner Zimmer lobt Engagement der GhK

**NORDSTADT** ■ Ortsvorsteher Werner Zimmer lobte die gute Zusammenarbeit mit der Universität Kassel (GhK) beim Nordstadtprojekt. Die Hochschule habe eine Verpflichtung gegenüber dem Stadtteil, in der sie ansässig ist. In den vergangenen Jahren habe sie sich zu wenig darum gekümmert, dies habe sich inzwischen zum positiven „kolossal geändert“.

In der jüngsten Ortsbeiratsitzung gab Dr. Annegret Boos-Krüger von der Kommunalen Arbeitsförderung Kassel einen Zwischenbericht über das Nordstadtprojekt. In nur wenigen Monaten sei es gelungen, ein relativ kompliziertes Konzept auf die Beine zu stellen.

Ziel sei die Verbesserung der sozialen, ökonomischen, ökologischen und städtebaulichen Situation der Kasseler Nordstadt. Beispielsweise sollen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in Hausmeisterposten vermittelt werden oder langzeitarbeitslose Jugendliche beim Bau des geplanten Naherholungsgebiets

auf dem Hegelsberg mitarbeiten. Fördermittel beim Land Hessen und der Europäischen Union seien beantragt worden.

Man wolle sich allerdings nach zwei bis drei Jahren aus dem Projekt zurückziehen. „Wir wollen, daß es ein Selbstläufer wird“, sagte Dr. Boos-Krüger. Außerdem gebe es eine Konkurrenz der anderen Stadtteile.

Ein eigenständiges Projekt, das der Drogen- und Gewaltprävention von Kindern und Jugendlichen dient, stellten Nasli Kök, Wolfgang Offermann und Gottfried Steiner vom Verein „komma“ dem Ortsbeirat vor. In der Sporthalle Schillerstraße bietet der Verein jeden Freitag von 23 Uhr bis 2 Uhr Mitternachtsbasketball an. Zwischen 30 und 100 Jugendliche kämen dorthin, um bei Hip-Hop-Musik unter Anleitung von Trainern zu spielen. Die Mitglieder arbeiteten ehrenamtlich, deshalb sei der Verein auf Spenden angewiesen, um das Angebot aufrechterhalten zu können. (pls)

ORTSBEIRAT WALDAU

# Mehr Parkplätze in Fuldaaue gefordert

**WALDAU** ■ Der Ortsbeirat Waldau hat während seiner Sitzung am Dienstagabend die Bereitstellung einer größeren Anzahl Parkplätze für die Gäste von Großveranstaltungen in den Messehallen gefordert. Zu den Frühjahrs- und Herbstmessen könnten beispielsweise nur die Plätze direkt an den Hallen genutzt werden, die unter der Obhut der Messgesellschaft stünden, so Ortsvorsteher Hans Werner Haas (parteilos).

Die Parkplätze entlang des Buga-Geländes und der Fuldaaue, die dem Umwelt- und Gartenamt sowie dem Liegenschaftsamt unterstünden, seien für die Messebesucher nicht zugänglich. Stattdessen werde jedoch mitten in den Grünanlagen geparkt, bemängelte Haas die Parkplatzsituation in der Fuldaaue.

Die Stellplätze entlang des Buga-Areals und der Fulda würden nur in den Sommermo-

naten geöffnet, von Herbst bis Frühjahr würden diese durch Betonklötze abgesperrt, damit der sogenannte Schotterrasen sich regenerieren kann. Schotterrasen sei eine wasserdurchlässige Oberfläche und könne deshalb in regenreichen Monaten nicht genutzt werden. Außerdem liege diese in einem Natur- bzw. Wasserschutzgebiet, erklärte Haas.

Der Ortsbeirat will nun das Gespräch mit dem Umwelt- und Gartenamt suchen, um die unbefriedigende Situation zu verbessern. Möglichkeiten wären nach Meinung der Stadtteilpolitiker eine Absperrung der Grünflächen zu Messezeiten, stärkere Kontrollen, Buspendelverkehr. „Schließlich sollen Gäste, die nach Kassel kommen, auch einen guten Eindruck bekommen und werden kaum verstehen, warum riesige sichtbare Parkflächen nicht nutzbar sind“, sagte Haas weiter. (pke)

MARTINSPLATZ

# Entscheidung über Essensausgabe vertagt

**INNENSTADT** ■ Enttäuschung, vor allem aber auch Unverständnis standen dem Pfarrer der Martinskirche, Dr. Willi Temme und einigen Anwohnern des Martinsplatzes ins Gesicht geschrieben am Mittwochabend: Der Ortsbeirat Mitte konnte sich dem Wunsch Temmes, die montägliche Essensausgabe der Heilsarmee und die medizinische Versorgung, welche die Fahrenden Ärzte leisten, vom Martinsplatz auf den Vorplatz der Markthalle am Graben zu verlegen, nicht ohne Weiteres anschließen. Auf Antrag von Ute Meier (Grüne) wurde die Beschlussfassung darüber vertagt. Klaus Weschbach (CDU) wünschte sogar, eine Sondersitzung des Ortsbeirates einzuberufen, bei der das Thema Martinsplatz und die Belästigung der Anwohner noch einmal besprochen werden soll.

Temme zeigte dafür kein Verständnis, solche Sitzungen hätten auch in der Vergangenheit wenig gebracht. Im übrigen gehe es nicht darum, durch die Verlegung des Mittagstisches die Menschen auf dem Martinsplatz nach dem St. Floriansprinzip zu vertreiben, sondern lediglich darum, die Anwohner wenigstens an einem Nachmittag etwas zu entlasten, sozusagen „einen kleinen Interessensausgleich zwischen Anwohnern

und Nutzern des Platzes zu schaffen“ (Temme). Der Ortsbeirat vermochte dem nicht zu folgen, darüber müsse man erst nachdenken, so die Mehrheitsmeinung.

Daß sich die Szene vom Martinsplatz durch die Verlegung der Essensausgabe verlagern wird, glaubt man auch bei der Heilsarmee nicht. Christiane de Laffolie sagte auf Anfrage der HNA, es handele sich eher um eine „good-will-Aktion“ gegenüber den Anwohnern des Martinsplatzes.

30 bis 50 Leute

Laut de Laffolie kommen jede Woche 30 bis 50 Leute, um sich ein warmes Essen zu holen oder sich medizinisch versorgen zu lassen. Gemeinsam mit den Fahrenden Ärzten mache die Heilsarmee dieses Angebot seit zwei Jahren. Damals habe man festgestellt, daß viele der Leute gravierend unterversorgt sind. Neben der akuten Hilfe gelinge es in Einzelfällen auch immer wieder, Leute zu anderen Angeboten weiter zu vermitteln oder auch im Wohnheim der Heilsarmee aufzunehmen. Im übrigen kämen die Menschen nicht dorthin, weil es das Angebot gebe, „der Martinsplatz ist schon seit 20 Jahren ein Treffpunkt“. (uet)



Alle zugleich passen nicht rein: die Klangwiege wird in Beschlag genommen. (Foto: Fischer)

# In der Klangwiege die Seele baumeln lassen

Im „Leisezimmer“ des Kinderladens Fontanestraße steht seit Ostern eine Klangwiege. Von Musiktherapeuten entwickelt, dient das Instrument zum Musizieren und zur körperlichen und geistigen Entspannung. Durch die Bewegung des Wiegens entstehen Klänge, sie umhüllen den Körper und beruhi-

gen den Organismus. Die Wiege soll helfen, den Kindern ein körperliches Bewußtsein und die Konzentration auf sich selbst zu vermitteln, sagt Christl Weber, Erzieherin im Kinderladen. Gerade heutzutage, wo so viel „über den Kopf läuft“, sei Körperarbeit mit den Kindern wichtig. „Die

Kinder sollen einfach mal nichts machen“, sagt Weber. Entdeckt hatte sie die Wiege auf dem „Tag der Erde“. Die Kulturstiftung der Kasseler Sparkasse ermöglichte die Anschaffung des 3500 DM teuren Instruments. Gestern wurde die Klangwiege offiziell durch OB Georg Lewandowski an

den Kinderladen übergeben. Für die Kinder gehört sie schon längst zum Inventar. „Sie mögen die Wiege total“, sagt Weber. An eine Ausleihe an andere Kindergärten wird gedacht. Der Kinderladen hat übrigens noch einen Platz für ein fünfjähriges Mädchen. (psb)

HALTESTELLEN

# „Stolperfalle“ an „Rennstrecke“?

Geht es nach dem Ortsbeirat Mitte, werden die KVG-Haltestellen in der Fußgängerzone nicht niederflurgerecht ausgebaut. Ein Bord am Gleiskörper lehnen die Stadtteilvertreter ab.

**KASSEL** ■ Gegen den niederflurgerechten Ausbau der Straßenbahnhaltestelle stadtauswärts in der Unteren Königsstraße hat sich der Ortsbeirat Mitte am Mittwoch ausgesprochen. Verkehrsplaner Rolf Baumgarten, Prof. Rainer Meyfahrt (KVG) und der von dem Verkehrsunternehmen mit der Planung beauftragte Architekt Prof. Dr. Hans-Henning von Winning hatten zuvor ein Konzept erläutert, das neben einem 18 Zentimeter hohen Bord am Gleiskörper eine neue Beleuchtung und ein an den Häusern angebrachtes, weit vorgezogenes Glasdach als Wetterschutz vorsieht. Zu den Umgestal-

tungsplänen gehört außerdem die Beseitigung der Waschbeton-Blumenkübel auf der gegenüberliegenden Seite der Unteren Königsstraße zugunsten von Bäumen, die dort angepflanzt werden sollen.

Das angeschragte Bord, das den höhengleichen Einstieg in die Niederflurbahnen auch in der Fußgängerzone ermöglichen soll, muß an der Unteren Königsstraße nach Auskunft der KVG 60 Meter lang sein, da dort oft zwei Bahnen hintereinander stehen. Grundsätzlich hätten sich die Anlieger damit einverstanden erklärt, allerdings zu bedenken gegeben, ob man das Bord in Höhe des Durchgangs zum Landgraf-Philippus-Platz absenken könnte. Dies geht laut Meyfahrt nur, wenn die Länge des abgesenkten Teiles hinten angehängt wird. Die Planer meinen jedoch, daß die Situation für Fußgänger dann sehr unübersichtlich wird.

Baumgarten erklärte, daß die Stadt lange Probleme gehabt habe mit niederflurgerechten

Haltestellen in der Fußgängerzone. Sie werde auch nur zustimmen, wenn das von von Winning vorlegte Konzept an allen Haltestellen, also auch am Friedrichsplatz und am Rathaus umsetzbar ist.

„Mit mir nicht“

Für die CDU übte Stefan Kortmann herbe Kritik: „Mit mir ist über das Bord überhaupt nicht zu diskutieren“. Er werde, so Kortmann, alles tun, um diese Planung zu bekämpfen. Das Bord sei eine fußgängerfeindliche „Stolperfalle“, da das Bord insbesondere ältere Menschen, Frauen mit Kinderwagen und Behinderte beim Überqueren der Königsstraße beeinträchtigen werde. Dieser Plan trage dazu bei, daß die Fußgängerzone immer mehr zur „KVG-Rennstrecke“ werde.

Sowohl Meyfahrt als auch Ortsbeiratsmitglied Ute Meier (Grüne) hielten dem entgegen, daß dies ja gerade die Gruppen seien, für die die niederflurge-

rechte Haltestelle ausgebaut werden solle. Im übrigen sei der Fußgängerstrom über die Straße hinweg an dieser Stelle aufgrund der stark frequentierten Haltestelle nicht so groß. Es sei außerdem kaum zu vermitteln, so Meyfahrt, daß die Haltestellen in der ganzen Stadt ausgebaut würden, nur die am stärksten frequentierten Haltestellen der KVG in der Königsstraße nicht. Der Verkehrsplaner verwies darauf, daß Fußgänger und Fahrgäste zum großen Teil identisch seien, da 50 Prozent der Kasseler mit der KVG in die Innenstadt führen.

Die Argumente überzeugten den Ortsbeirat in seiner Mehrheit jedoch nicht. Man wollte zwar alle anderen Elemente der Umgestaltung gerne haben, nicht aber das Bord. Dies, so meinten die Experten, werde kaum möglich sein, da die Finanzierung nur gewährleistet sei, wenn der Ausbau den Anforderungen der Niederflurbahnen genüge. Ohne Bord sei das nicht der Fall. (uet)

ORTSBEIRAT

# Glascontainer verärgern Anwohner

Die derzeitige Grundschulbezirksgrenze im Bereich der Marbachshöhe und Wertstoffbehälterstandplätze im Stadtteil waren Schwerpunkte in der jüngsten Sitzung des Ortsbeirates.

**WILHELMSHÖHE/WAHLERSHAUSEN** ■ „Es ist gefährlich, einen neuen Stadtteil, der gerade wächst, – so wie die Marbachshöhe – in der Mitte zu teilen“. Dieser Ansicht von CDU-Ortsbeiratsmitglied Stephan Löber waren auch die anderen Stadtteilvertreter aus dem Ortsbeirat Wilhelmshöhe/Wahlershausen, der am Mittwochabend im „Gutshof“ tagte. Die Äußerung Löbers bezog sich auf die Grundschulbezirksgrenze der Marbachshöhe, die als Tagesordnungspunkt behandelt

wurde und für Diskussionsstoff sorgte. Momentan werden die Grundschulkinder der Marbachshöhe sowohl der Schule am Heideweg, als auch der Fridtjof-Nansen-Schule zugeteilt. Im Vordergrund der Kritik stand die Befürchtung, daß sich die derzeitige Regelung negativ auf die sozialen Kontakte, besonders die der Kinder auf dem ehemaligen Kasernengelände, auswirken könnte.

Neben der Leiterin des Schulverwaltungsamtes, Dorothee Rhiemeier, war auch die Rektorin der Schule am Heideweg, Brigitte Graf, bei der Sitzung anwesend. Gemeinsam mit ihnen wurde die Situation erörtert und ein Beschluß gefaßt, den Magistrat aufzufordern, das Neubaugebiet Marbachshöhe geschlossen dem Grundschulbezirk der Schule am Heideweg zuzuordnen. Für Unmut im Stadtteilge-

mium sorgte ein Brief des Liegenschaftsamtes, in dem mitgeteilt wird, daß die städtische Grundstücksfläche „An der Insel“, „Rammelsbergstraße“, die zur Zeit von der Friedhofsverwaltung gepachtet und genutzt wird, als Bauplatz ausgewiesen und verkauft werden soll.

Für Ersatzfläche sorgen

Der Ortsbeirat lehnt den geplanten Verkauf des Grundstücks ab, da für die Aufrechterhaltung und für die Betreuung des Wahlershäuser Friedhofs eine Möglichkeit zur Unterstellung von Maschinen und Geräten sowie der Zwischenlagerung von Abfällen gewährleistet sein muß. Sollte eine geeignete Fläche in unmittelbarer Nähe des Friedhofs zur Verfügung stehen, ist der Ortsbeirat jedoch mit dem Verkauf einverstanden.

„Es würde schon helfen, wenn sich Nutzer der Altglascontainer an die Einwurfzeiten halten würden“, sagte Ortsvorsteher Konrad Saure. Immer wieder beschwerten sich Anwohner von Wertstoffbehälterstandplätzen bei ihm über Lärmbelästigung und Verschmutzung. Aus diesem Grund stellen die Stadtteilparlamentarier die Forderung an den Magistrat, bestehende Glascontainer durch schallgeschützte Container zu ersetzen und erneut auf die Einwurfzeiten hinzuweisen. Es soll geprüft werden, ob in der Brabanter Straße auf Höhe der Schloßteichstraße ein Papiercontainer aufgestellt werden kann. Weiterhin werden die Stadtreiniger gebeten, sich direkt mit den Anwohnern in Verbindung zu setzen, um alternative Standorte zu prüfen. Dies gilt insbesondere für den Standplatz Lindenstraße/Kurhausstraße. (zum)